



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/02780**  
Datum: 01.02.2017  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo;  
Scholtyssek, Andreas;  
Dr. Brock, Inés;  
Krause, Johannes

Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	22.02.2017	öffentlich Entscheidung
Stadtrat	29.03.2017	öffentlich Entscheidung

**Betreff:** Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Anbau einer Aula für die Zweite Integrierte Gesamtschule Halle

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass im Rahmen der vorgesehenen Sanierung des künftigen Schulstandortes der „Zweiten Integrierten Gesamtschule Halle“ in der Ingolstädter Straße 33 ein neuer Anbau einer Aula mit Mehrzwecknutzung zu berücksichtigen ist. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Projekt Aula-Anbau in die laufenden Planungen zu integrieren.

gez. Dr. Bodo **Meerheim**  
Vorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE

gez. Andreas **Scholtyssek**  
Vorsitzender der CDU/FDP-  
Stadtratsfraktion

gez. Dr. Inés **Brock**  
der Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN

gez. Johannes **Krause**  
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

### **Begründung:**

Aufgrund der dringlichen Fertigstellung des neuen Schulgebäudes der Zweiten IGS zum Schuljahr 2018/19 wurde im Rahmen der Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2017 entschieden, dass Objekt in der Ingolstädter Straße 33 statt mit STARK III-Fördermitteln über eine Eigenmittelfinanzierung zu sanieren. Zusätzlich zu den von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Sanierungsmitteln wurde auf Antrag der Stadtratsfraktionen auch ein Betrag in Höhe von 900.000 für die Errichtung einer Aula der Gesamtschule bereitgestellt (PSP-Element: 8.21801014).

Vorgeschlagen wird, dass Neubauprojekt nunmehr auch in den bereits laufenden Prozess der Planungen für das Gesamtvorhaben mit aufzunehmen.



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

17.02.2017

**Sitzung des Stadtrates am 22.02.2017**

**Betreff: Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Anbau einer Aula für die Zweite Integrierte Gesamtschule Halle**

**Vorlagen-Nummer: VI/2017/02780**

**TOP: 9.3**

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

**Begründung:**

Gemäß dem Änderungsantrag VI/2016/02636 wurden unter dem PSP-Element 8.21801014 Mittel für den Neubau der Aula eingestellt, die in Abstimmung mit dem Stadtrat über Grundstücksverkäufe finanziert werden sollen. Eine Mittelfreigabe 2017 für Planungsleistungen kann zwar gestellt werden, die Freigabe derselben ist jedoch erst nach Eingang des Verkaufserlöses möglich. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Planung für den Aulaneubau nicht beauftragt werden.

Die Stadt weist zudem darauf hin, dass bevor Investitionen und Instandsetzungen im Haushaltsplan ausgewiesen werden, die für die Kommune wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln ist (vgl. § 11 Abs. 2 KomHVO). Dazu ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen, die mindestens einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die sorgfältig geschätzten Folgekosten beinhaltet. Diese liegt nicht vor.

Auf die Freigabe dieser Planungsmittel zu warten hieße, dass der begonnene Gesamtplanungsprozess gestoppt werden müsste. Damit wäre eine Fertigstellung des zu sanierenden Gebäudes ab dem Schuljahr 2018/19 ausgeschlossen. Der zügige Planungs- und Baufortschritt für die Sanierung des Schulgebäudes Ingolstädter Straße für die Zweite Integrierte Gesamtschule sollte oberste Priorität haben.

Einen Aulaneubau zu einem späteren Zeitpunkt zu planen und zu bauen würde ein – noch zu erstellendes – Schulkonzept nicht gefährden. Auch vor der Einordnung der Mittel für einen Aulaneubau mit Änderungsantrag durch den Stadtrat am 14.12.2016 in den Investplan, konnte der Raumbedarf für eine Ganztagsbeschulung umgesetzt werden.

Grundsätzlich hat von den 20 Schulgebäuden vom Typ Erfurt in der Stadt Halle (Saale) lediglich die Sportschule in der Robert-Koch-Straße einen Erweiterungsbau, der als Aula genutzt wird. In den anderen Objekten werden die vorhandenen Räume als Aulen genutzt. Priorität in der Stadt sollte die Schaffung des dringend benötigten baulichen Brandschutzes an städtischen Schulen haben. Hierfür wurde ein Bedarf von mehr als 40 Mio. Euro ermittelt.

Katharina Brederlow  
Beigeordnete